

## Salsa & Solidarität

**SINCOPA live aus Cuba**

**Sa. 22.7. - 20 Uhr im AKW**

mehr auf Seite 4

## Auswanderungswelle

Nun ist es amtlich. Was viele schon geahnt haben, wurde nun von offizieller Seite bestätigt. Im vergangenen Jahr haben 145.000 Menschen, die meisten Hochqualifizierte und Facharbeiter Deutschland den Rücken gekehrt.

Die Politik gibt sich ratlos. Man hat den Eindruck, dass man eher die Ausreise verwehren würde, als die Lebensqualität in diesem Lande verbessern zu wollen. Auch hier verweigert man, wie bei der „Unlust zu Kindern“ jede Diskussion der Ursachen.

Die Kunst vernetzt zu denken beherrschen unsere Staatenlenker nicht. Sie gehen davon aus, dass ihre Reformen keine Nebenwirkungen hätten.

Viele, die es sich leisten können verlassen das Land und suchen ihr Glück woanders. Da verhalten sich Deutsche nicht anders als „die Ausländer“.

### Surftipps

[www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

[www.heise.de/tp/](http://www.heise.de/tp/)



*Jubel im Studentenhaus – Gewinnt Deutschland wirklich?*

## Raubzug während der Fußball-WM

von Holger Grünwedel

### Patriotismus

Die deutsche Nationalmannschaft spielte richtig gut und ist weit gekommen. Im Land war begeisterte Stimmung. Der Bundespräsident blickte zufrieden auf sein von Patriotismus beseeltes, fahnen-schwenkendes Volk. Definiert man Patriotismus als Liebe zum eigenen Land, dann ist das, was die Regierung während der Weltmeisterschaft gemacht hat allerdings das genaue Gegenteil.

### Regierung emsig

Die Regierung war tüchtig in diesen WM-Wochen. Diskussionsbedarf über die vielen Vorhaben schien in der gros

sen Koalition nicht vorhanden zu sein. In Marathonsitzungen wurde ein Vorhaben (Steuererhöhungen, Militäreinsätze, Grundgesetzänderungen, Sozialabbau...) nach dem anderen im Eiltempo durchgewunken. Offenbar wusste man, dass auch in den Reihen von Union und SPD Abgeordnete sitzen, die umkippen würden, wenn sie wüssten, was sie da beschließen.

Während das Volk euphorisch war und gebannt die WM verfolgt, wurden unter anderem die größten Steuererhöhungen in der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen.

weiter Seite 2

## In dieser Ausgabe

### Föderalismus-reform

oder Bye,bye Grundgesetz

Seite 3

### Die Linke aktuell

Gemeinsamer Antritt zur Kommunalwahl 2008

Seite 4

### Infos & Tipps für Erwerbslose

Die neuesten Schikanen

Seite 7

### Neues und Termine aus Würzburg

WVV-Skandal und Kurznachrichten

Seite 6-8

Fortsetzung v. S.1 „Raubzug“

Mit den erwarteten Erlösen sollen die Unternehmenssteuern um weitere 8 Milliarden gesenkt werden.

### Zeit ausnutzen

Für die Regierung gilt es die Zeit zu nutzen in der Horrormeldungen über neue „Reformen“ im schwarz-rot-goldenen Medien-Trubel untergehen.

### Vorbereitung auf den Ernstfall?

Die massive Polizeipräsenz während der Fußball-WM, auch in Würzburg, erinnerte eher an einen Polizeistaat, als an ein freies Land. War die WM die Trockenübung für den Fall, dass sich die Bevölkerung die fortlaufende Enteignung durch die Regierung nicht mehr länger gefallen lässt?

### Nichts regt sich (auf)?

Doch bis jetzt ist es ruhig. Die Meisten hatten Fußball im Sinn und die neuen Angriffe auf Menschenwürde, Bürgerrechte und das Solidarsystem schlugen im WM-Taumel keine hohen Wellen. Die Bevölkerung wird es erst im nächsten Jahr merken, wenn die Steuererhöhungen wirken, dass es diesmal nicht nur „Peanuts“ sind, die ihnen weggenommen werden.

*»Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert.*

*Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt. «*

*Jean-Claude Juncker,  
Ex-EU-Ratspräsident in einem  
Spiegel-Interview (Nr. 52/1999, S. 136)*

## Sommerschule 12.-15. August

### Politische Ökonomie, Globalisierung und Neoliberalismus Warum ist mein Lohn so niedrig und der Profit von meinem Chef so hoch?

**WAS?** Vorträge, Arbeitsgruppen, Kulturprogramm & Kinderbetreuung.

Zeit zum Wandern, Grillen, Diskutieren und Feiern.

**WO?** Naturfreundehaus "Schurwald" auf der Schwäbischen Alb

**Anmeldung:**

post@rlf-bw.de

Tel.: 07071/942436



### Veranstalter:

**Rosa-Luxemburg-Forum**  
für Bildung und Analyse  
in Baden-Württemberg e.V.  
www.rlf-bw.de

**Kurt-Eisner-Verein**  
für politische Bildung  
in Bayern e.V.  
www.kurt-eisner-verein.de

In Kooperation mit der

**rls** Rosa - Luxemburg  
Stiftung

### Gewinner und Verlierer

Die hohen Kaufkraftverluste werden sich katastrophal auf die Binnenwirtschaft auswirken und einen weiteren rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit auslösen. Das wird Auswirkungen haben. Immer mehr kleine Gewerbetreibende und Privathaushalte (Gering- und Normalverdiener, Rentner, Kranke, Jugendliche) werden dann, durch die neuen Reformen, der großen Koalition zu Sanierungsfällen, während bei den Konzernen die Gewinne noch kräftiger sprudeln werden.

### Dreimal abgeschnitten und immer noch zu kurz

Auch dann wird man wieder sagen, nicht die Medizin sei falsch, sondern nur die Dosis zu niedrig. Man wird die selbstgemachten Probleme wieder als Sachzwang darstellen.

Die Konzernlobby, BDI, Christiansen und Co., werden noch stärkere Einschnitte bei den Bürgern und weitere Entlastungen für die Konzerne fordern. Die Regierung wird das dann umsetzen – bis in alle Ewigkeit?

Oder geht der Krug nur solange zum Brunnen bis er bricht?

### Das WM-Ergebnis: Deutschland verliert

- Bundeswehreinsetzung im Kongo
- Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19%
- Steuergeschenke an Konzerne
- Erhöhung der Krankenkassenbeiträge
- Änderung des Erziehungsgelds zugunsten „Besserverdienender“
- Drastische Kürzungen:
  - > beim Öffentlicher Nahverkehr
  - > bei der Pendlerpauschale
- Schönung der Arbeitslosenstatistik durch neue Software
- Verschärfungen für Erwerbslose
  - > „Stallpflicht“ für Jugendliche
  - > Drohung mit Obdachlosigkeit
  - > Repressionen die zur Kürzung der Leistungen dienen
- Änderungen des Grundgesetzes-Rückkehr zur Kleinstaaterei:
  - > Umweltschutz Ländersache
  - > Jugendschutz Ländersache
  - > Presserecht Ländersache und noch vieles mehr
- Einführung von Studiengebühren
- Verlängerung der „Antiterrorgesetzte“ um 5!! Jahre

## Bye Bye Grundgesetz

von Belinda Brechbilder

Über 7000 Soldaten waren während der WM im Einsatz. Mit – scheinbar- harmlosen Aufgaben betraut. So kochten sie das Essen für Polizeibeamte, waren zum Sanitätsdienst eingeteilt oder überwachten ein „bisschen“ den Luftraum.

Das GG verbietet aber jeden Einsatz der Bundeswehr im Innern, außer unter folgenden **Vorraussetzungen**:

Nach Art.87 a „im Verteidigungsfalle“ als Reaktion auf einen militärischen Angriff oder im „im Spannungsfalle“, zur „Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“ oder weiter nach Art. 35 bei einer „Naturkatastrophe oder einem besonders schweren Unglücksfall“.

### War die Fußball-WM eine Naturkatastrophe oder ein Unglücksfall ?

Nein, die Bürger sollen sich an diesen „Ausnahmestand“ gewöhnen. Der Einsatz von Soldaten soll uns normal erscheinen, bis wir uns an bewaffnete Soldaten im Alltag gewöhnt haben.

Die Fussball-WM wurde dazu missbraucht, das Grundgesetz zu brechen. Im neuen Weißbuch des Verteidigungsministerium wird durch eine Neudefinition des Begriffs Verteidigung der Einsatz der Bundeswehr nach Innen ( und natürlich auch nach Außen !) verlangt, der den jederzeitigen Einsatz der Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung auch ohne vom Parlament beschlossene Grundgesetzänderung ermöglicht.

Dazu J. Rose, Oberstleutnant der Bundeswehr:

*“Was da ins Gespräch gebracht wird, birgt ungeheure Sprengkraft. Denn zugleich mit der im Abschnitt Xa des Grundgesetzes ge-*

*Ausrufung des Verteidigungsfalles tritt nämlich die Notstandsverfassung in Kraft.*

*Demnach werden im Verteidigungsfalle die in Friedenszeiten geltenden Rechtsnormen außer Kraft gesetzt – ab dann gilt Kriegsrecht.“*

Sollte hier jemand befürchten, dass es den 5 bis 10 Millionen Arbeitslosen irgendwann mal reicht ?

»Je mehr Bürger mit Zivilcourage ein Land hat, desto weniger Helden wird es einmal brauchen.«

Franca Magnani

In diesem Weißbuch wird auch auf das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum in Berlin-Treptow verwiesen in dem BKA, BND, Kriminal- und Verfassungsschutzämter der Länder, Bundespolizei, Zollkriminalamt, MAD, Generalbundesanwalt und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge(!) zusammenarbeiten. Noch vor 4 Jahren lehnte der damalige Verfassungsschutzpräsident Werthebach eine solche Zentralisierung des Staatsapparates aus „historischen und rechtspolitischen Gründen“ ab. Die „Assoziation mit dem Reichssicherheitshauptamt“ der Nazizeit sei zu nahe liegend.

### Und die Regierung macht keine halben Sachen.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Föderalismusreform haben wir uns von über 40 bestehenden Artikeln des Grundgesetzes verabschiedet.

So soll das Bundeskriminalamt zu einer präventiv- tätigen Polizei ausgebaut werden.

Bisher darf die Polizei nicht präventiv handeln, sondern nur bei begründeten Anfangsverdacht. (Bye –bye unbequeme Zeitgenossen, meldet Euch regelmäßig bei Euren Freunden und backt schon mal Kuchen mit Feilen drin).

Außerdem wurden

- das Versammlungsrecht
- der Strafvollzug
- das Presserecht
- die Bildung
- die Kultur
- sowie die Beamtenbesoldung in die alleinige Verfügung der Länder gelegt.

Ach ja, und „Bundesrecht bricht Landesrecht“ (Artikel 31 GG) gibt's auch nicht mehr.

Unwillkürlich fragt man sich: Brauchen wir da noch ne Bundesregierung und wer ist jetzt Deutschland ?

### Aber dafür gibt es noch zusätzliche Entrechtungen für erwerbslose Bürger.

Durch die „Optimierung“ der Hartzgesetze werden das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) und die Freizügigkeit (Art. 11 GG) erheblich eingeschränkt.

Auch die Beweislast, ob eine eheähnliche Gemeinschaft besteht, wird entgegen allen rechtsstaatlichen Grundsätzen umgedreht.

Arbeitslosengeld II-Bezieher sollen staatliche und private Kontrolleure in ihre Wohnungen lassen und müssen jederzeit zu Hause erreichbar sein, sonst werden die Zahlungen eingestellt und es droht Obdachlosigkeit und Hunger.

### Diesen Artikel gibt es noch:

*Artikel 20 GG: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.*

*Absatz 4: : Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.*

Fangt endlich an, es könnte schon bald zu spät sein!

## DIE LINKE.PDS Bayern

### Landesmitgliederversammlung in Bamberg

Auf der Landesmitgliederversammlung, am 1. Juli, wurde beschlossen für den Antritt zu den Kommunalwahlen Anfang nächsten Jahres einen Sonderparteitag einzuberufen.



NGG-Vorsitzender Allgäu Peter Schmidt auf dem Landesparteitag

Der NGG-Vorsitzende Peter Schmidt (Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten) erläuterte in einem packenden Beitrag die Notwendigkeit der Einfüh-

rung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Derzeit führen neben ver.di und NGG auch die Linkspartei und die WASG eine Kampagne zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Die Erfahrungen in anderen Ländern sind durchaus positiv. → siehe S.5

Presseerklärung zum 1. Bildungsbericht des bayrischen Kultusministeriums von Christa Meist

### Armutszeugnis

„Mit dem 1. Bildungsbericht stellt sich die bayerische Staatsregierung kurz vor Ende des Schuljahres selbst ein Armutszeugnis aus.“, erklärt das Mitglied des Landesvorstands der Linkspartei.PDS, Christa P. Meist.

Was vermutlich als hauseigene – entlastende – Antwort auf PISA gedacht war, bestätigt was alle seit Jahren wissen: Das bayerische System der extremen Auslese trägt dazu bei, gesellschaftliche Ungleichheit zu verfestigen. Kinder, die in weniger wohlhabenden Familien, dazu auch noch in strukturschwachen Gebieten des Landes aufwachsen, haben die denkbar schlechtesten Voraussetzungen beim Start ins Leben.

Seit der Beschreibung der deutschen Bildungskatastrophe von Georg Picht im Jahre 1964 beweist Bayern immer wieder eindrucksvoll, dass es – nunmehr auch im 21. Jahrhundert – möglich ist, ein Schulsystem so zu gestalten, dass sich die gesellschaftliche Ungleichheit, die mit unserem Wirtschaftssystem verbunden ist, in jeder Generation mit Hilfe des Bildungssystems immer wieder von Neuem herstellen lässt.

Wer über geringe materielle Mittel verfügt, wer in einer wirtschaftlich schwachen Region wohnt, dessen Kinder werden leichter zu „Sitzenbleibern“, brechen eher die Schule ab, erreichen den niedrigsten Abschluss. Die Rede vom benachteiligten katholischen Mädchen aus der Oberpfalz die vor mehr als 40 Jahren die Runde machte, beweist zu Beginn eines neuen Jahrhunderts erneut ihre Richtigkeit - allerdings erstmalig nachdrücklich belegt durch hauseigenes Datenmaterial und Wissenschaftler aus dem eigenen Stall.

Wann endlich begreift man in München, dass nur kostenlose Frühförderung und längere gemeinsame Schulzeit geeignet sind, dieser Erscheinung entgegen zu wirken?

weiter →

Son · Salsa · Merengue · Mambo · Rumba · Bolero · Cha-Cha-Cha

## Cubanische Nacht mit „SINCOPA“

### SINCOPA live aus Cuba auf Europa-Tournee 2006

**Samstag, 22.7. – 20.00 Uhr**  
im Hof des AKW, Frankfurter Str. 87, Würzburg

**Danach von 0.00 – 5.00 Uhr: Salsa-Disco**

Kartenvorverkauf: Buchladen Neuer Weg,  
Sanderstr. 23/25, Würzburg.  
Vorverkauf: € 12,-/Abendkasse: € 14,-

Die Cubanische Nacht ist ein Solidaritätsfest der Cubasolidarität Würzburg e.V. Der Erlös fließt in unser neues Projekt: Trinkwasserversorgung der Bevölkerung, insbesondere in entlegenen, schlecht zugänglichen und wenig erschlossenen Gebieten Cubas,

durch Wassergewinnung mittels Solarenergie (Grundwasserförderung über photovoltaikbetriebene Tauchpumpen).



Bei schlechtem Wetter findet das Konzert im Saal statt.

Spendenkonto-Nr.: 43924422 bei  
Sparkasse Mainfranken; BLZ: 790 500 00

Die Cubasolidarität trifft sich  
jeden 1. Donnerstag im Monat um 20.30 Uhr im AKW  
Weitere Informationen bei: Michael Meyer, Tel.: 0931-56323;

E-mail: cubasoli@onlinehome.de  
www.cuba-solidaritaet-wuerzburg.de

Angesichts der vorhandenen Beratungsresistenz darf zu Recht angenommen werden, dass die vom bayerischen Schulsystem geförderte Ausgrenzung benachteiligter Schichten und Regionen so gewollt ist.

Damit ist auch klar gestellt, in welche Richtung sich bayerische Bildungspolitik entwickeln wird, wenn Bayern nach der Föderalismusreform, frei von allen Einschränkungen durch Kultusministerkonferenzen, sein „Erfolgsrezept“ weiter verfolgen kann: Eliteschulen, Elitehochschulen und für den Rest Sparen am Notwendigsten. Dieser Landesregierung braucht spätestens 2008 bei den Landtagswahlen endlich die rote Karte.

### Warum fordert DIE LINKE. 8 Euro brutto pro Stunde?

Ein Mindestlohn in dieser Größenordnung ermöglicht bei einer Vollzeitarbeit (38,5 Stunden/Woche) einen Nettolohn, der auf der Höhe der Pfändungsfreigrenze von 985 Euro liegt. Die vom Gesetzgeber festgelegte Pfändungsfreigrenze besagt, dass eine allein stehende Person, die weniger als 985 Euro im Monat bekommt, trotz Schulden nicht gepfändet werden darf. Denn weniger als 985 Euro reichen zum Leben nicht. Die Forderung von 8 Euro stellt jedoch nur den Einstieg in den Mindestlohn dar.

Nach dem Einstieg in den Mindestlohn ist dieser schrittweise soweit zu erhöhen, bis er ein Einkommen aus Vollzeiterwerbsarbeit oberhalb der Armutsgrenze (50 Prozent des durchschnittlichen Brutto-Lohns) ermöglicht. Bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden wird bei 9 Euro pro Stunde ein Brutto-Monatsentgelt von 1.500 Euro erreicht.

Damit läge das Einkommen über der Armutsschwelle (gegenwärtig: 1.470 pro Monat/ 8,80 pro Stunde).

#### Mehr im Internet

DIE LINKE [www.8euro.de](http://www.8euro.de)  
ver.di / NGG: [www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de)

### Würzburger Friedenspreis 2006

Preisverleihung am Sonntag 23. Juli – 11 Uhr - Mainfränkentheater

Das Komitee Würzburger Friedenspreis 2006, in dem Kreissprecher Frank Nauschütz für DIE LINKE.Würzburg mitarbeitete, hat als Preisträger dieses Jahr Peter Schwittek ausgewählt.

Er setzt sich seit Jahren in Kooperation mit afghanischen Organisationen und Mitarbeitern für Schulprojekte ein. Mittlerweile besuchen 4.000 Schülerinnen und Schüler die Schulen. Die Organisation ofarin (OFARIN steht für „Organisation zur Förderung afghanischer regionaler Initiativen und Nachbarschaftshilfen“) kooperiert dabei auch mit aufgeschlossenen Mullahs.

Mehr Informationen:

[www.oekopax.de](http://www.oekopax.de)  
[www.ofarin.de](http://www.ofarin.de)

### Aus dem Kreisverband

#### Mindestlohnkampagne in Würzburg

Am Fr. 21. Juli ab 11 Uhr findet der nächste Infostand der Linken Würzburg zum Mindestlohn statt. (Blasiusgasse, beim Hugendubel) Vielleicht sieht man sich dort? Wir unterstützen die Unterschriftensammlung von ver.di und NGG zur Einführung eines Mindestlohns. Außerdem laufen Verteilaktion vor Leiharbeitsfirmen in Würzburg.

Mitgliederversammlung der WASG und der Linkspartei.PDS Würzburg

#### Gemeinsamer Antritt zur Kommunalwahl 2008

Am 22. Juni luden die beiden Würzburger Kreisverbände zu einer gemeinsamen Mitgliederversammlung ein. Die Mitglieder, die sich größtenteils bereits von früheren Aktionen und Veranstaltungen her kannten, waren sich einig, dass der weitere Weg gemeinsam gegangen werden soll. Das Zusammengehen von Linkspartei und WASG wurde einmütig begrüßt.

Die Mitglieder und Vorstände wollen die Kooperation der beiden Würzburger Kreisverbände noch weiter verstärken.



Unterschriften für Mindestlohn

Das Ziel ist der Antritt zur Kommunalwahl 2008 auf einer gemeinsamen Liste die auch für weitere „Linke“ offen sein soll.

#### Arbeitskreis Kommunales

Nächstes Treffen des AK Kommunales am 7. September – 19 Uhr – in der Jägerstraße 2.

#### Donnerstag - Treff im Linken Laden

Jeden Donnerstag (neu ab 18:30 Uhr!) ist in der Jägerstraße 2 ein Treff zum Diskutieren und Vorbereiten von Aktionen. !! Im August Sommerpause !!

#### Rosa Luxemburg Club gegründet

Am 14. Juli, wurde der Rosa-Luxemburg-Club Würzburg gegründet. Der Zweck des Clubs ist die politische Bildung. „Mit Veranstaltungen, Vorträgen wollen wir eine Plattform für Debatten und Diskussionen bieten, aber auch Inhalte vermitteln“, erläuterte der Vorsitzende Holger Grünwedel. Dabei kooperiert der Rosa Luxemburg Club mit dem Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung und der Rosa Luxemburg Stiftung.

## DIE LINKE. stärken!

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-mail \_\_\_\_\_

**Ich will Informationen!**

**Ich unterstütze euch und spende:**

Linkspartei.PDS KV Wü

Konto: 42325 -Sparkasse Mainfranken 790 500 00

**Ich will jetzt Mitglied werden!**

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in die Linkspartei.PDS, Mitglied der Europäischen Linken. Ich bekenne mich zu ihren Grundsätzen erkenne ihre Statuten an.

Den Monatsbeitrag von \_\_\_\_\_ (1,5€ für Erwerbslose, sonst 1%)

überweise ich per Dauerauftrag.

bitte abbuchen. Schickt mir einen Vordruck für die Abbuchungsermächtigung zu.

Ich erkläre mich einverstanden, dass meine Daten zur Nachweisführung, statistischen Auswertung sowie der Verbesserung der Kommunikation beim Parteivorstand, dem Landesverband sowie beim Kreisverband entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes gespeichert und verarbeitet werden.

**Unterschrift:** \_\_\_\_\_

Die Linke.Würzburg, Jägerstr. 2, 97082 Würzburg

## Die freie Wirtschaft (Auszug)

Kurt Tucholsky 1930

Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.  
Ihr sollt auf euern Direktor vertrauen.  
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen.  
Ihr sollt alles Weitere dem Chef überlassen.  
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein,  
wir wollen freie Wirtschaftler sein!

Fort die Gruppen – sei unser Panier!

Na, ihr nicht.

Aber wir.

Ihr braucht keine Heime für eure Lungen,  
keine Renten und keine Versicherungen.  
Ihr solltet euch allesamt was schämen,  
von dem armen Staat noch Geld zu nehmen!  
Ihr sollt nicht mehr zusammenstehn –  
wollt ihr wohl auseinandergehn!

Keine Kartelle in unserm Revier!

Ihr nicht.

Aber wir.

Wir bilden bis in die weiteste Ferne  
Trusts, Kartelle, Verbände, Konzerne.  
Wir stehen neben den Hochofenflammen  
in Interessengemeinschaften fest zusammen.  
Wir diktieren die Preise und die Verträge –  
kein Schutzgesetz sei uns im Wege.

Gut organisiert sitzen wir hier ...

Ihr nicht.

Aber wir.

Was ihr macht, ist Marxismus.

Nieder damit!

Wir erobern die Macht, Schritt für Schritt.

Niemand stört uns. In guter Ruh  
sehn Regierungssozialisten zu.

Wir wollen euch einzeln. An die Gewehre!

Das ist die neuste Wirtschaftslehre.

Die Forderung ist noch nicht verkündet,  
die ein deutscher Professor uns nicht begründet.

...

Der Schluss bei

<http://www.textlog.de/tucholsky-freie-wirtschaft.html>

§ Neues zum SGB II §

**Verschärfte Armut**

**Die neuen Einschnitte beim SGB II**

**1. Unverheiratete Kinder unter 25 werden in die Bedarfsgemeinschaft einbezogen**

Das heißt, das Einkommen und Vermögen der Eltern wird bei unter 25-Jährigen voll angerechnet. Also Eltern, deren Kinder unter 25 Jahren einen Antrag auf ALG II stellen müssen Auskünfte über Einkommen und Vermögen geben, also den ALG II Antrag ausfüllen

Aber: der Selbstbehalt ist größer, da Eltern, wenn das Kind 21 Jahre alt ist, nicht mehr gesteigert unterhaltspflichtige sind. Tipp: Beratungsstelle aufsuchen!

**2. Umzüge von unter 25 Jährigen** brauchen die Zustimmung des Trägers,

sonst gibt es keine Leistungen für Unterkunft und Heizung. Gründe für den Umzug können sein Integration auf dem Arbeitsmarkt oder schwerwiegende soziale Gründe

**3. Weniger geschütztes Vermögen**

Nur noch 150€ je Lebensjahr statt 200€ wie bisher, das geschützte Vermögen von Kindern wird von 4.100€ gesenkt auf 3.100€

**4. Sanktionen**

Wer innerhalb eines Jahres erneut einen Fehler macht, bekommt in Zukunft eine verdoppelte Strafe, als 60% Kürzung statt 30% bzw. 20% statt 10% .

Damit es in Zukunft besonders viele Strafanlässe gibt, soll die Pflicht der Ämter zurückgenommen werden, Leistungsbeziehende aufzuklären, welches Verhalten welche Sanktion auslöst! (SGB II §31)

**5. Außendienste**

Die Ämter müssen Außendienste einrichten. Paragraph §36 Abs. 1 (neu) wel-

cher heißt: „Außendienst zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch“.

Außerdem jetzt Gesetz: Erlaubnis an private Stellen zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Sozialdaten unter Nutzung des gesamten Datenbestandes (§51).

Das bedeutet Kontrollanrufe/Telefonabfragen durch Call-Center.

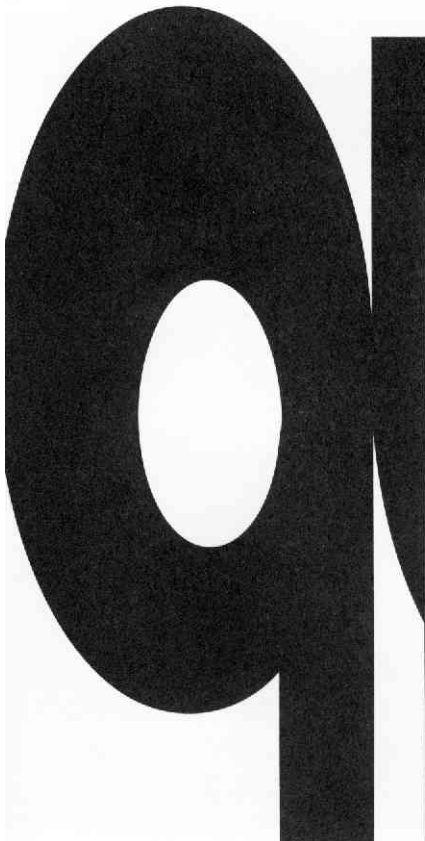
**6. Kindesunterhalt**

Auch nicht unterhaltspflichtige Personen sollen aus ihrem Einkommen die Kinder ihrer Partner durchfüttern, wenn sie mit diesen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. (§9, 2)

**7. Ortsabwesenheit**

Der Alg II Bezieher muss sich zeit- und ortsnah aufhalten, um Anspruch auf Leistung zu haben. Ortsabwesenheit war noch nie Bestandteil des SGB II, jedoch wurde bisher kulanterweise 3 Wochen „Urlaub“ gewährt.

quer - Zeitschrift für Erwerbslose



## quer - Abonnement 1/06

An: **quer**, Postfach 13 63, 26003 Oldenburg  
 Ich bestelle **quer** für mindestens ein Jahr. Das Abo ist jederzeit kündbar.

Es soll beginnen am \_\_\_\_\_

Ich zahle pro Jahr nach Rechnungserhalt:

- € 12,50 Einzelabo für Privatpersonen (€ 9,00 + € 3,50 Versand)
- € 25,50 Einzelabo für Organisation oder SpenderIn
- € 40,50 für ein Päckchenabo (5 Expl./Ausgabe)
- € 143,00 für Aktion Eigeninitiative (20 Expl./Ausg. - nur für Inis)

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Straße, Wohnort: \_\_\_\_\_

Ort, Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_



aus quer - Zeitschrift für Erwerbslose

### Lasst Euch nicht einschüchtern!

## Gegen ungebetene Hausbesuche kann man sich wehren

von Belinda Brechbilder

### Keine Panik!

Wer sich gegen einen überraschenden Hausbesuch wehrt, dem darf nicht die Leistung gekürzt oder eingestellt werden. Dazu ist das Amt erst bei einem konkreten Verdacht des Leistungsmissbrauchs berechtigt und muss einen entsprechenden Bescheid versenden.

### Grundsätzliches:

Mit dem Artikel 13 des Grundgesetzes wird die Unverletzlichkeit der Wohnung in besonderes hohen Maße geschützt.

Allerdings haben die Leistungsträger des SGB II ein Amtermittlungsrecht, dürfen also von Amts wegen ermitteln und bei begründetem Verdacht auf Leistungsmissbrauch - und nur dann! - auch Nachprüfungen vor Ort durchführen.

### Nur nach schriftlicher Anmeldung

Die Ämter können zum Hausbesuch kommen, jedoch nur nach schriftlicher Terminvereinbarung und der Nennung des Grundes für die Hausinspektion.

### Kommt jemand unangemeldet — nicht einlassen!

Aber immer mit der Begründung das man Beistände hinzuziehen will. Das ist nach SGB X erlaubt und muss geduldet werden.

### Personalien feststellen

Wenn das Amt kommt, sind in der Wohnung idealerweise drei oder vier gut informierte Freunde mit anwesend, die die ermittelnden Beamten zu ihren Personalien befragen. Fotos machen ist auch nicht schlecht.

### Belege einfordern

Belege für den Verdacht des Leistungsmissbrauchs verlangen – an Ort und Stelle, nicht nachgeben! Anschließend Protokoll über den Besuch anfertigen.

### Die lieben Nachbarn

Die Behörden dürfen nicht – ohne Einverständnis des Betroffenen und ohne ihn zu informieren bei Dritten (Vermieter, Kindergarten, Nachbarn, Arbeitgeber, etc.) ermitteln.

### Übrigens: Schränke sind tabu!

Nur Räume, die der Erwerbslosen selbst bewohnt sind zugänglich zu machen.

Keine Diskussionen über Wäschestücke, Kochgewohnheiten oder Badezimmer-einrichtungen.

Werden zusätzliche Angaben gefordert eine schriftliche Mitteilung darüber verlangen.

Gegenwehr ist möglich, braucht aber Durchhaltevermögen. Man macht sich unbeliebt und nur wer das aushält kann die **Polizei rufen**.

Stellt sich heraus, dass gar kein konkreter Verdacht auf Leistungsmissbrauch vorliegt, ist der „Besuch“ möglicherweise

- Hausfriedensbruch (§123 Strafgesetzbuch StGB)
- Nötigung/Bedrohung (§240/§241StGB), wenn gedroht wurde die Leistung zu kürzen
- Falsche Verdächtigung (§164 StGB)

Keine Diskussion am Telefon. Um sofortige Unterstützung bitten.

Anzeige erstatten - immer gegen Unbekannt

### Wichtig: Beratungsstelle aufsuchen!

Wenn anschließend die Leistung gekürzt wird - einstweilige Anordnung auf Fortzahlung beim Sozialgericht stellen und auf die Strafanzeige verweisen.

Infos aus dem Arbeitskreis Erwerbslose Marburg

## Hartz IV ein "Monster"

von Georg Kehrer

### Bericht des Ombudsrats

Der Ombudsrat bezeichnete Hartz IV auf Grund des Kompetenzwirrwarr als organisatorisches Monster. Er warnt vor "übertriebenen Erwartungen der Wirkungen auf die Beschäftigungslage." Zur Senkung der Arbeitslosigkeit sei die Schaffung eines neuen, öffentlich geförderten Beschäftigungssektor notwendig". Auch die Einführung eines Mindestlohns sei zu erwägen.

### Die Mär vom Missbrauch

Überrascht wird festgestellt, dass durch die Einführung von ALG II hohe Kosten entstanden. Die verantwortlichen Politiker haben gleich Schuldige ausgemacht. Sie zeichnen das Bild von Massen die ALG II missbrauchen würden. Fragt man Stellen die damit wirklich zu tun haben, z.B. die Agentur für Arbeit, stellt sich die Sache anders dar. Die Zahlen für den Missbrauch liegen nach Schätzungen bei etwa 3%. Damit hat sich gegenüber dem früheren System Sozialhilfe so gut wie nichts geändert.

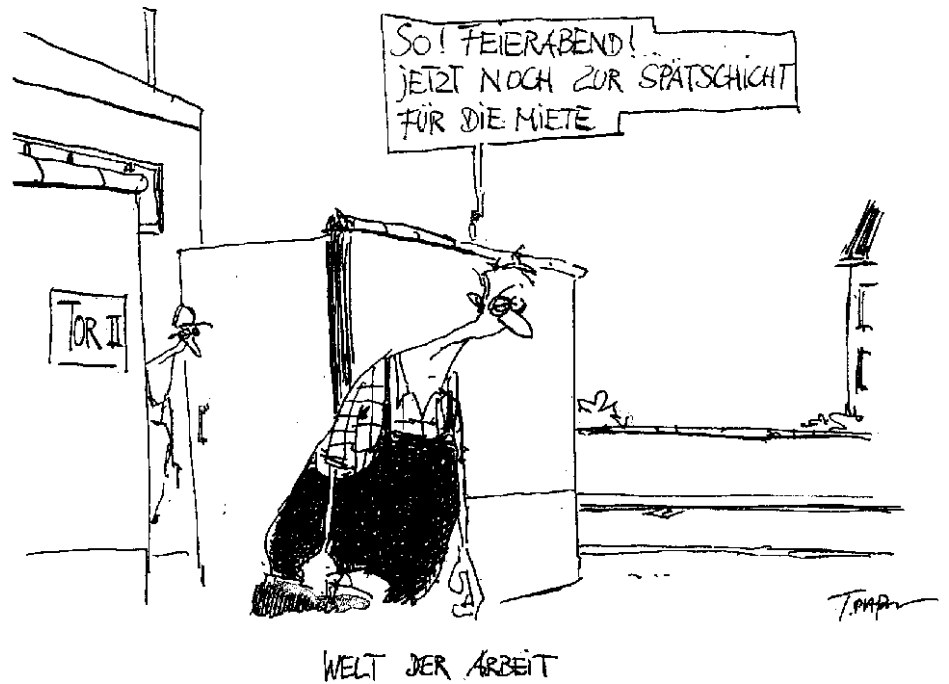
### Warum dann so teuer?

#### Armutslöhne

Das Konzept Niedriglohn, das bereits unter der Schröder-Regierung begonnen wurde, wirkt. Arm trotz Arbeit trifft immer mehr Menschen. Mittlerweile stocken schon 900.000 Menschen ihren Billiglohn mit Alg II auf Sozialhilfeniveau auf.

#### Auszüge

Ein weiterer Grund ist, dass man Menschen durch die drohende Sippenhaftung dazu drängt, aus der Gemeinschaft auszuziehen und eigene Haushalte zu gründen. Wird ein Partner oder Familienmitglied arbeitslos, sind die mit Mit-



aus quer - Zeitschrift für Erwerbslose

bewohner sozusagen haftbar mit Einkommen und Vermögen.

Durch das Gesetz wurde die Möglichkeit eröffnet die Familie nicht mit in die Armut zu reißen. Natürlich wurde diese Möglichkeit dann auch genutzt. Das war abzusehen und die Überraschung und Empörung zeugt auf jeden Fall nicht von Kompetenz und zeigt wie weit die Macher von der Lebenswirklichkeit entfernt sind.

#### Zusatzpersonal

Auch der sehr viel größere personelle Aufwand für Hartz IV spielt sicher eine Rolle. Zusätzlich zu den Mitarbeitern der Sozialämtern und Agenturen für Arbeit, arbeiten derzeit tausende Mitarbeiter der ehemaligen Staatsbetriebe Telekom, Post, etc. bei den ARGES. Über 10 Millionen Menschen, die AlgII-Bezieher mit den dazugehörigen "Bedarfsgemeinschaften" müssen jede noch so kleine Änderung ihrer persönlichen Lebensverhältnisse umgehend beim Amt melden. Dort wird die Akte des "Kunden" aktualisiert und ggf. monatlich ein neuer Bescheid erstellt. Die 20 Euro der Oma zum Geburtstag des Kindes würden dann ordnungsgemäß vom Bedarf des Kindes abgezogen. Bei

den Ausführenden werden die Probleme gesehen. Auf die Fachleute hörte und hört die Politik allerdings nicht.

#### Fazit

Ihr eigenes Versagen versuchen die politisch Verantwortlichen nun den Erwerbslosen in die Schuhe zu schieben.

Das Übel sind aber nicht die Arbeitslosen, sondern die fehlenden Arbeitsplätze. Noch mehr Repression und Hetze gegen Erwerbslose werden das Problem nicht lösen. Hartz IV ist schlecht gedacht und schlecht gemacht.

Aus Fehlern lernen?

Leider Fehlanzeige.



## Für eine attraktive und lebendige Würzburger Innenstadt

von Sigurd Woltersdorf

Die Bürgerinitiative „ringpark-in-gefahr“ hat im Dezember 2004 eine Überbauung des Ringparks verhindert. Dennoch planen Investor mfi und Stadtverwaltung weiterhin ein riesiges Einkaufszentrum am Ringpark. Entgegen des öffentlichen Sachverständs hat im Stadtrat eine „CSU / SPD Betonmehrheit“ dieses Projekt befürwortet.

➤ Wenn hierdurch viele Läden im Stadtinneren schließen, verödet das Zentrum. Anstatt gesichtslosem Einheitsstil existiert dort **noch** Leben und Fachhandel. Konsumfreie Räume, die noch bestehen, müssen erhalten werden. Eine lebendige Innenstadt braucht Orte, wo man sich einfach auch ohne Konsum treffen kann. Andernfalls schließt man Tausende WürzburgerInnen von vorneherein aus dem gesellschaftlichen Leben aus.

➤ 1.000 zusätzliche Stellplätze bedeuten noch mehr Verkehr, Verlust von Ringparkflächen, sowie höhere Feinstaubbelastung.

➤ Der Ringpark ist einmalig in Deutschland. Ihn bis zum Main zu führen, sowie Hauger- und Röntgenring

wieder zur Promenade werden zu lassen, wäre zukunftsweisend.

➤ Würzburgs Bahnhof, mit seinen Pavillons und dem Kiliansbrunnen (Beispiel rücksichtsvoller Architektur der frühen Nachkriegsmoderne). sind behutsam zu reparieren, damit der Bahnhofsplatz wieder die repräsentative Visitenkarte der Stadt wird.

➤ Seit 250 Jahren versorgen die Bahnhofsquellen verlässlich und in hervorragender Qualität die Stadt. Massive Baumaßnahmen bedeuteten ein erhebliches Risiko für das Grundwasser.

➤ Hingegen wäre eine nördliche Wohnbebauung mit Lärmschutz zur Bahn; stadtnah, bahnhofsnahe, naturnah.

➤ Die Pleichach wieder ans Tageslicht zu befördern hätte Charme.

Deshalb gilt es, durch ein Bürgerbegehren dieses monströse Einkaufszentrum am Ringpark zu stoppen.

### Infostände der Bürgerinitiative Ringpark in Gefahr

Unterschriftensammlung  
22., 23., 28. und 29. Juli ab 10 Uhr  
in der Schönbornstraße (Kaufhof)

An Infoständen und in Einzelhandelsgeschäften können sich Würzburgs Wahlberechtigte in ausliegenden Listen für eine Stärkung der Innenstadt eintragen

Weitere Informationen:

[www.neuer.weg.com/ringpark](http://www.neuer.weg.com/ringpark)

Sigurd Woltersdorf

E Mail: [woltersdorf.sigurd@surfeu.de](mailto:woltersdorf.sigurd@surfeu.de)



Fahrradstation am Bahnhof bald Geschichte

## Kurz Notiert

### Fahrradstation macht zu

Die Fahrradstation am Bahnhof wird geschlossen. Die neuen Bedingungen im Zuge des Arkadenprojekts lassen keine ökonomische Perspektive mehr.

### Falsches Spiel von Götz-Brot

Es gäbe Arbeit, nur würde sich niemand bewerben, war der Aufmacher für eine Aktion mit einem lokalen Anzeigenblatt. Götz Brot suche verzweifelt Mitarbeiter. Das rief bei den Menschen die sich zwar beworben, aber nie eine Antwort erhalten haben, verständlicherweise heftigen Protest hervor.

Mehr im nächsten Blättle



Bahnhof Würzburg mit dem Kiliansbrunnen

## Kurz kommentiert

### Zaun am Main den keiner will

Angeblich zur Sicherheit sollte für zigtausend Euro auf der Mainkaimauer ein Zaun errichtet werden. Nach wütenden Protesten der Bürger wurden die Arbeiten abgebrochen und der gemütliche Platz am Main bleibt Würzburgern wie Touristen erhalten.

### Kein Geld für Skaterbahn

Für eine Skaterbahn für die Jugend hat die „Groß“-Stadt Würzburg dagegen keine 5.000 Euro übrig. In den Nachbargemeinden, z.B. Zell und Margetshöchheim, gibt es diese schon lange.

### Radweg gesperrt

Der Mainradweg zwischen der Zellerau und Zell ist seit einigen Wochen gesperrt. Laut Beschilderung, wegen Steinschlaggefahr. Eine Passantin beobachtete nachts jemanden der, offenbar nach einer Kollision mit der Absperrung, diese wutentbrannt kurzerhand im Main versenkte.

Die Barrikaden wurden daraufhin fest einbetoniert. Die Beulen zeugen von den nächtlichen Unfällen. Die größere Gefahr geht sicher von den Absperrungen aus. Wer sie sieht umfährt sie. Das Geld hätte man sicher sinnvoller und bürgerfreundlicher einsetzen können.

### 3,5 Millionen Verlust

#### Finanzspekulationen bei der WVV

Wie die Mainpost berichtete, wurden unter der Führung der ehemaligen Leiter Herbert Wolf (SPD) und Karl-Heinz Utshig spekulative internationale Finanzgeschäfte im Namen der WVV getätigt. Die Spekulation lief schief.

Als Konsequenz steht für die WVV ein Verlust von 3,5 Millionen Euro in der Bilanz. Das trifft auch die Stadt und damit die Bürger. Die jährlichen Zahlungen der WVV an die Stadt wurden um 3 Mio. Euro heruntergefahren. Das



Radweg gesperrt... Barrikaden verstärkt

ist Geld, das der Stadt dann auch in den Bereichen Kultur und Soziales fehlen wird.

### "Totalversagen des Aufsichtsrat"

Der Aufsichtsrat gibt an, davon nichts gewusst zu haben. Aufsichtsratsitzungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Der Aufsichtsrat müsste über die Geschäftsführung, wie der Name schon sagt, die Aufsicht führen. Deren Vertreter gaben sich überrascht und unwissend. In einer Pressemitteilung der FDP wird dem Aufsichtsrat, unter der Führung der OB Pia Beckmann, "Totalversagen" vorgeworfen. Die Geschäfte seien bereits in dem Abschlussbericht 2004 genannt worden.

Der damalige Geschäftsführer Wolf musste bereits zum Jahresanfang gehen. Die Zeche werden, wie immer, die Bürger zahlen.

### Widerstand gegen die Schließung von Wertstoffhöfen im Landkreis

Im Landkreis sollen viele Wertstoffhöfe geschlossen werden. Die Argumente sind dünn. Die wohnortnahen Entsorgungsmöglichkeiten werden gut angenommen, auch zu Fuß und mit Schub-

karren. Das soll wegfallen und zentralisiert werden.

In einigen Gemeinden regt sich heftiger Widerstand quer durch alle politischen Lager. In einem Ort konnte dies durch den Widerstand bereits verhindert werden. In Zell liegen derzeit Listen gegen die Schließung auf der Gemeinde aus.

#### Impressum

## DIE LINKE.

WÜRZBURG

Mitgliederblatt der Linkspartei.PDS  
Kreisverband Würzburg  
Jägerstraße 2, 97082 Würzburg

[www.linkspartei-wuerzburg.de](http://www.linkspartei-wuerzburg.de)  
[info@linkspartei-wuerzburg.de](mailto:info@linkspartei-wuerzburg.de)

#### Redaktion:

[red@linkspartei-wuerzburg.de](mailto:red@linkspartei-wuerzburg.de)  
tel.: 0171/78 18 593

Eigenverlag und Eigendruck

Fotos, soweit nicht extra angegeben,  
von der Redaktion

V.i.S.d.P.: Georg Kehrer,  
Jägerstraße 2, 97082 Würzburg

## Termine

**Fr. 21. Juli – Infostand Mindestlohn**

Ab 11 Uhr in der Blasiusgasse  
(Hugendubel) - Würzburg

**Sa. 22. Juli – Infostand beim CSD**

Die Linke. ist auf dem Christopher  
Street Day, am Marktplatz, vertreten

**Sa. 22. Juli – Musica de Cuba**

Ab 20 Uhr im AKW, Frankfurter Straße

**So. 23. Juli Verleihung des  
Würzburger Friedenspreises**

11 Uhr im Mainfrankentheater

**Sa. 5. Aug. / Sa. 2. Sept.****Antifaschistisches Café**

14 Uhr – Jägerstraße 2  
Treff für Jugendliche

**Fr. 1. September****Antikriegstag Unterfranken  
Kundgebung & Demonstration  
Schweinfurt – Postplatz – 15 Uhr**

Im Mittelpunkt steht der Einsatz der  
Bundeswehr zur Sicherung der deut-  
schen Rohstoff-Interessen im Kongo.

Weiter Infos auf der Homepage und  
im Büro-Jägerstr.2

**Do. 7. Sept. AK Kommunales**

19 Uhr – Jägerstraße 2

**Di. 3. Okt. 17 Uhr Kreismitglieder-  
versammlung DIE LINKE. Würzburg**

Nachwahlen zum Vorstand.

Ort wird noch bekanntgegeben.

**DIE LINKE.****WÜRZBURG****Do. ab 18:30 Uhr****Treff im „Linken Laden“****!! Im August Sommerpause !!**

Diskussionen zu aktuellen Themen.

Vorbereitung von Aktionen.

Gäste willkommen. Jägerstraße 2

Telefon: 0931 320 75 55

**Vorstandssitzungen****Sa. 14 Uhr – Jägerstraße 2**

29. Juli – 26. August

»Das deutsche Schicksal:  
vor einem Schalter zu  
stehen. Das deutsche Ideal:  
hinter einem Schalter zu  
sitzen.« Kurt Tucholsky

## Aktuelle Termine

- > [www.linkspartei-wuerzburg.de](http://www.linkspartei-wuerzburg.de)
- > Aushang Jägerstraße 2  
Do ab 18:30 Uhr geöffnet  
!! August Sommerpause !!

## Kolumne

## Voll normal

Jetzt ist es endlich raus, was das deut-  
sche Volk sich wünscht:

Es will normal sein!

Und von allen Seiten, von Fernseh-  
sendern, Radiostationen und Zeitungen  
bekommen wir es bestätigt: jetzt sind  
wir normal. Ich wusste nicht, dass man  
dann als normal gilt, wenn man betrun-  
ken schwarz-rot-goldene Fahnen  
schwenkt, schwarz-rot-goldene Riesen-  
Zylinder trägt, stundenlang verkündet  
nach Berlin fahren zu wollen um sich  
anschließend in städtische Blumen-  
rabatten zu übergeben. Engländer gelten  
normalerweise als exzentrisch. Schotten  
tragen Röcke und sie gelten trotzdem als  
normal. Italienern eilt, normalerweise,  
der Ruf voraus feurige Liebhaber zu  
sein, Waliser lieben normalerweise das  
Singen. All das wäre mir ehrlich gesagt  
auch lieber, als Nationalflaggen schwen-  
kend betrunken durch die Strassen zu  
ziehen.

Ja, ja, vielleicht bin ich eine Spielverder-  
berin und verstehe keinen Spaß.

Aber ich glaube, dass wir uns bisher nor-  
mal verhalten haben. Wir waren vor-  
sichtig im Umgang mit Symbolen, weil  
wir wissen, was Nationalstolz bewirken  
kann und was es mit dem deutschen  
Wesen, an dem die Welt genesen soll,  
auf sich hat.

Es ist normal, wenn man unsere Ge-  
schichte kennt, misstrauisch und vor-  
sichtig zu sein, genau zu beobachten und  
zu hinterfragen, was geschieht.

Wir tragen keine Schuld, aber wir sind  
die Hüter der Erinnerung.

Wir dürfen nicht zulassen, dass in  
Vergessenheit gerät, was ein über-  
steigertes Nationalbewusstsein in Ver-  
bindung mit Machtstreben und Profit-  
gier hervorbringen kann.

Und wir sind die, die aufgrund dieser Er-  
innerung verpflichtet sind, der Entrech-  
tung und Diskriminierung von Mit-  
bürgern entschieden entgegen zu treten.

Leider wollen (oder sollen?) die „Nor-  
malen“ aber lieber Fahnen schwenken  
und so kann die herrschende Regierung  
weiterhin Grundrechte für Erwerbslose  
abschaffen und 5 Millionen Menschen  
unter Generalverdacht stellen, sie verar-  
men, sie als Schmarotzer abstempeln  
und sie aus der Gesellschaft aus-  
schließen.

Diese Taktik kommt mir irgendwie be-  
kannt vor. Darüber müsste das Volk  
sprechen. Leider ist im Moment die  
Taktik beim Fußball interessanter, wo-  
hin man auch guckt: Klinsi und Co.

Mein stiller Triumph:

Über 42 Millionen Euro hat jeder einzel-  
ne Sponsor gezahlt, damit der Name des  
Unternehmens überall dort prangte, wo  
vielleicht mal jemand hinguckt.

Bei jedem Spiel konnte man am Spiel-  
feld-Rand die Firmennamen lesen.

Und ich hab keine Ahnung was Ayava  
oder sonst wie ist, auch nicht nach 4  
Wochen WM und ich will es auch gar  
nicht wissen!

*Eure  
Rote Zora*